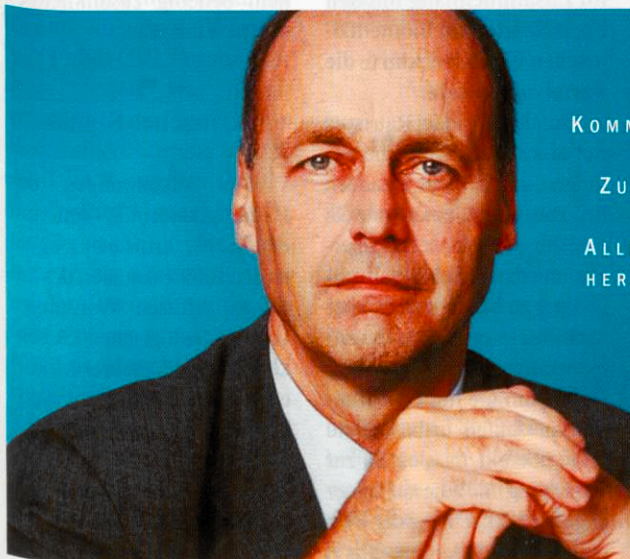


## Fakten und Argumente



KOMMEN SIE AM 8. JUNI  
ZU UNSERER  
ZUKUNFTSKONFERENZ  
NACH BERLIN!  
ALLE MITGLIEDER SIND  
HERZLICH EINGELADEN.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

### Deutschland **voranbringen**

„Wir können es jeden Tag erleben: Die Menschen in Deutschland sind leistungsbereit und leistungsfähig. Dennoch kommt unser Land nicht so vorran, wie wir es uns alle wünschen. Denn wir haben eine Regierung der verpassten Chancen und der fehlenden Klarheit.“

Generalsekretär Laurenz Meyer hat in einem Pressegespräch am 21. Mai die aktuelle Veranstaltungs- und Themenplanung der CDU vorgestellt und das politische Umfeld der Termine skizziert. Worauf alles hinausläuft: „Wer unser Land zukunftsfähig machen will, muss weiter denken.“ (S. 3)

#### INHALT

ANGELA MERKEL:

Zur „Berliner Rede“  
des Bundespräsidenten  
über Bio- und Gentechnik:  
Ein bedeutender  
und wichtiger Beitrag  
SEITE 2

DOKUMENTATION:

Systematische  
Verschleierung statt  
Transparenz.  
Die SPD-Finzen  
INNENTEIL

■ Familienpolitik: Wissenschaftlicher Beirat bestätigt die Union. *Seite 5*

■ Elmar Brok: Bundespräsident darf Rentengesetz nicht unterschreiben. *Seite 5*

■ Friedrich Merz und Jochen Borchert zur Rede des Bundespräsidenten über Bio- und Gentechnik: In gebotener Klarheit. Und: Forderungen der Union unterstützt. *Seite 6*

■ Im Parlament entscheiden. Aus der „Berliner Rede“ von Johannes Rau. *Seite 7*

■ Erwin Marschewski: Ein Grundgesetz für Kinder. *Seite 8*

■ Maria Böhmer: Für eine eigenständige Witwenrente. *Seite 9*

■ Kreditkartenkriminalität. Anstieg nicht einfach hinnehmen. *Seite 10*

■ Volker Rühle zum Streit zwischen Bundeskanzleramt und AA: Schröder muss Klarheit schaffen. *Seite 11*

■ CDU Baden-Württemberg. Koalitionsvertrag verabschiedet. *Seite 14*

■ Tipps für die Parteiarbeit. Schulprojekt der Berliner Schüler Union: Probleme gemeinsam anpacken. *Seite 15*

ANGELA MERKEL:



## Ein bedeutender und wichtiger Beitrag

**Zur zweiten Berliner Rede des Bundespräsidenten zu den grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit den Fortschritten im biomedizinischen Bereich erklärte die Parteivorsitzende:**

Bundespräsident Rau ist es mit einer klaren Sprache gelungen, die großen Chancen der Bio- und Gentechnik als eine für den Menschen überaus nutzbare Schlüsseltechnologie zu benennen, sie aber auch in ein ethisches Fundament einzubetten.

Ich stimme mit dem Bundespräsidenten insbesondere darin überein, dass ein Ja zur Forschung und eine auf Dauer angelegte Akzeptanz der Bio- und Gentechnik eine klare, ethisch fundierte Weichenstellung erfordern. Erfolgt diese Weichenstellung nicht, dann brechen Dämme ein, die nie wieder eingezogen werden können. Richtig ist auch seine Anmerkung dazu, wer verantwortlich ist für Ent-

scheidungen über die Grenzen der Gentechnik: Diese muss die Politik treffen und kein beliebig zusammengesetzter Ethik-Rat.

### Kritisches Signal

Die Ausführungen des Bundespräsidenten sind ein deutliches, kritisches Signal an den Bundeskanzler, der mit seinen diffusen Warnungen vor „ideologischen Scheuklappen“ und „hehrer Moral“ einfach über ethische Fragen hinweggeht.

Die CDU hat ein festes Wertegerüst, ausgehend vom christlichen Menschenbild, das den Menschen in seiner Würde und Einzigartigkeit sieht. Wir führen deshalb seit Monaten eine intensive Diskussion mit Kirchen, Wissenschaft und Gesellschaft mit dem Ziel, zu einer tragfähigen und breit akzeptierten Positionierung unserer Partei zu kommen.

#### IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer-Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ECKPFEILER UND PRÜFSTEINE UNSERER POLITIK:

# Nachhaltigkeit · Mitmenschlichkeit · Freiheit · Verantwortung

Politik muss jünger werden: ■ in ihren Inhalten ■ in ihrer Darstellung ■ mit ihrem Blick in die Zukunft. Schon in zwei Wochen wird die CDU unter Beweis stellen, was damit gemeint ist: auf ihrer Zukunftskonferenz am 8. Juni im Kongress Center Tempelhof Airport. Motto: „Morgen.DE! Deutschland weiterdenken“.

Die Journalisten, die zu dem Pressegespräch am 21. Mai ins Konrad-Adenauer-Haus gekommen sind, macht Laurenz Meyer, der weiter „nichts verraten“ will, mit den Worten neugierig:

„Wir haben uns eine für Politik ungewöhnliche Veranstaltungform ausgedacht, die frischer und moderner sein wird, als was Sie bisher von Veranstaltungen der CDU kennen.“

■  
Eine Konferenz,  
mit der wir Maßstäbe  
setzen werden

Die Zukunftskonferenz „Deutschland weiterdenken“ wird in erster Linie aber „klare Ergebnisse lie-

[www.morgen.cdu.de](http://www.morgen.cdu.de)

**Morgen.DE!**  
Deutschland weiter denken.

**CDU**

WISSENSWELTEN

LEBENSWELTEN

POLITIK MACHEN

Moderation: Johannes B. Kerner

fern“ und die programmatischen Aussagen der CDU im Bundestagswahlkampf 2002 vorbereiten.

Laurenz Meyer: Wer nach dem 8. Juni noch behauptet, er wisse nicht, wofür die CDU steht, der war nicht auf dieser Veranstaltung.“

Die Moderation der Zukunftskonferenz macht Johannes B. Kerner. Die Themen werden auf drei Foren erarbeitet:

■ **Forum Wissenswelten:** Hier stehen die Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftspolitik im Zentrum der Debatte.

■ **Forum Lebenswelten:** Hier sollen aus der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen konkrete Handlungsschritte entwickelt werden.

■ **Forum Politik machen:** Hier werden Ansatzpunkte zu modernem Regieren erarbeitet – vor allem durch Entbürokratisierung von Politik.

Auch wenn der Generalsekretär der Foren nichts vorwegnehmen will, eins steht fest: Der Kompass der CDU ist das christliche Menschenbild.

■ Alles verändert sich immer schneller ■ jährlich bewegt eine neue „Revolution“ die Welt ■ die Kräfte, die das bewirken, machen an keinen Grenzen mehr halt und scheeren sich um keine Traditionen.

Diese Dynamik verursacht Ängste. Sie bringt aber auch etwas anderes mit sich. Laurenz Meyer: „Nie hatten einzelne so viele Chancen, schnell erfolgreich zu sein, wie heute. Nie war das Leben

so reich an Variationen und Impulsen.“

Man müsse sie nur wahrnehmen: die Chancen und, um den nötigen Mut aufzubringen, einen „sicheren Hafen“ haben: „Impulsives, schnelles und kreatives Leben ist nur möglich, wenn es auch Verlässlichkeit gibt – mit den Eckfeilern und gleichzeitig Prüfsteinen unserer Politik: ■ Nachhaltigkeit ■ Mitmenschlichkeit ■ Freiheit und ■ Verantwortung.“ Die CDU wird auf ihrer Zukunftskonferenz ■ Brücken bauen: von Singles zur Familie; ■ Brücken bauen: von den sozial Starken zu den sozial Schwachen; ■ Brücken bauen: von der alten Generation zur jungen ■ eine Brücken bauen: von der Gegenwart in die Zukunft.

### Mit jungen Menschen diskutieren

Der Generalsekretär wird nach der Sommerpause neue Impulse geben. Seine Themen: ■ „Generation 21“ – eine Gesellschaft der Zukunft ■ Mensch und Technik ■ Bildung neu denken ■ Schöpfung erneuern.

Laurenz Meyer: „Die Vorstellungen, die wir dazu entwickeln, werde ich mit jungen Menschen, jungen Wissenschaftlern und Jugendvertretern diskutieren.“

## KLEINER PARTEITAG AM 7. JUNI

### Laurenz Meyer: Meilenstein

**Nach fünf von insgesamt sechs Regionalkonferenzen zum Thema Zuwanderung zieht der Generalsekretär eine „ausgesprochen positive Zwischenbilanz“.**

Die Parteimitglieder haben sich in großer Zahl beteiligt, haben engagiert diskutiert und alles in allem zu erkennen gegeben, dass sie das Zuwanderungskonzept des Bundesvorstands bejahen.

den Antrag des Bundesvorstands unter Berücksichtigung von zusätzlichen Anträgen aus der Partei beraten, verabschieden und in doppelter Hinsicht ein Meilenstein sein: ■ für unser Land und ■ für die programmatische Erneuerung der CDU.

Schon heute findet das Zuwanderungskonzept der Union Beachtung beim politischen Gegner und Zustimmung bei den Fachleuten.

### Meinungsführerschaft übernommen

Laurenz Meyer: „Mit klaren politischen Positionen haben wir die Meinungsführerschaft in einem für die Zukunft unseres Landes so wichtigen wie brisanten Thema übernommen, während die Bundesregierung und Rot-Grün in Stillstand verharren.“

Der „Kleine Parteitag“ am 7. Juni in Berlin wird

### Als Zwischenstück: „Fest der Kulturen“

Am Abend des „Kleinen Parteitags“ findet in der CDU-Bundesgeschäftsstelle (Konrad-Adenauer-Haus) – zwischen Bundesausschusssitzung und Zukunftskonferenz – das „Fest der Kulturen“ statt. Attraktion: viele kulinarische, künstlerische und unterhaltsame Programmangebote aus aller Welt.

Der Generalsekretär will damit Gespräche fortsetzen, die er in den letzten Monaten bereits geführt hat – auf seine Veranlassung hin und

mit der Absicht, jungen Menschen zu zeigen, dass er sie und ihren Anspruch auf Interesse an ihren Themen ernst nimmt.

MARIA BÖHMER:

## Wissenschaftlicher Beirat **bestätigt** uns

**Zur Kritik des wissenschaftlichen Beirats des Bundesfamilienministeriums erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Nun ist es raus. Es rebellieren schon die eigenen Truppen gegen die Familienpolitik der Bundesregierung. Der von der Familienministerin eigens einberufene wissenschaftliche Beirat hat der Familienpolitik der Bundesregierung massive Gerechtigkeitslücken bescheinigt.

### Rot-Grün wollte Gerechtigkeit herstellen

Dies ist ein Armutszeugnis für Rot-Grün, die mit dem Anspruch angetreten sind, die Gerechtigkeit in unserem Land wieder herzustellen.

Von den offiziell angekündigten und in Aussicht gestellten 30 Mark mehr Kindergeld würden nur 21 Mark übrig bleiben, weil die Regierung Kürzungen insbesondere beim Ausbildungsfreibetrag, bei der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Haushaltshilfe und beim Schulgeld plant.

Die dann tatsächlich verbleibenden 21 Mark Kindergelderhöhung im Monat wären aber noch keine Familienpolitik.

Bei den selbst ernannten Gralshütern der Gerechtigkeit klaffen Anspruch und Wirklichkeit offensichtlich auseinander. Nur die Verlierer stehen schon fest: Kinder, Frauen und Familien.

**Zur Erinnerung:** Die Union hat 1955 das Kindergeld eingeführt und während ihrer 16jährigen Regierungszeit die Leistungen für Familien von 27,6 Mrd. Mark auf 76,6 Mrd. Mark verdreifacht.

2002 wird die Union bei einem Wahlsieg mit Regierungsantritt das Familiengeld einführen.

ELMAR BROK:

## Bundespräsident darf Rentengesetz **nicht unterschreiben**

**Zu Verstößen des rot-grünen Rentengesetzes gegen geltendes EU-Recht erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik:**

Das Rentenkonzept der Bundesregierung sieht vor, dass Rentner die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge wieder zurückzahlen müssen, wenn sie ihren Ruhesitz in einem anderen europäischen Land wählen (Vgl. Paragraph 95 mit Bezug auf die Paragraphen 93 und 94 EKStG / „schädliche Verwendung“). Das ist völlig inakzeptabel

und eine EU-rechtswidrige Einschränkung der Freizügigkeit.

Bundespräsident Johannes Rau ist aufgefordert, das neue Rentengesetz wegen offenkundiger Rechtswidrigkeit nicht zu unterzeichnen.

Mit diesem Gesetz diskriminiert die Bundesregierung die Mitbürger, die das europäische Modell leben. Damit entlarvt sie ihre eigene Europapolitik als seelelos und rückwärtsgerichtet. Rot-Grün hat noch die alten Grenzen im Kopf und die Hände schon in den Taschen der Bürger.

FRIEDRICH MERZ:

## In gebotener Klarheit

**Zur Rede des Bundespräsidenten erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

In der gebotenen Klarheit hat der Bundespräsident darauf hingewiesen, dass der oberste Satz unserer Verfassung „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ oberste Leitlinie unseres Handelns bleiben muss. In diesem Zusammenhang weist er zu recht darauf hin, dass dort, wo die Menschenwürde berührt ist, wirtschaftliche Argumente nicht zählen dürfen.

Ich bin dem Bundespräsidenten dankbar für die nachdrückliche Erinnerung daran, dass nach unserer Rechtsordnung menschliches Leben mit der Verschmelzung von Samen- und Eizelle beginnt. Dies bedeutet, dass wir dem Leben von Anfang an den nötigen Respekt zollen müssen. Vor diesem Hintergrund sind die Ausführungen des Bundespräsidenten über die problematischen Fragen, die sich durch die PID und durch die aktive Sterbehilfe ergeben, bemerkenswert.

Die Union hat immer davor gewarnt, der Versuchung

zu erliegen, Anfang und Ende des menschlichen Lebens willkürlich zu bestimmen. Beides steht außerhalb menschlicher Verfügungsgewalt. Es ist Allgemeingut unserer christlich-abendländischen Kultur, dass ein Menschenleben unantastbar ist.

Wie der Bundespräsident ist auch die Union der Auffassung, dass angesichts der moralischen Dimension dieser Fragen den Kirchen in unserem Lande bei der Bewertung dieser Zusammenhänge eine besonders wichtige Rolle zukommt. Zu recht verweist der Bundespräsident auch darauf, dass das Parlament und nicht runde Tische oder regierungsamtliche Räte die letzte verantwortliche politische Entscheidung treffen muss.

JOCHEN BORCHERT:

## Forderungen der Union

**Zur „Berliner Rede“ erklärte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU:**

Mit seiner deutlichen Aussage, dass allein dem Parlament bei der aktuellen Diskussion um Gentechno-



logie die letztendliche Entscheidung zusteht, hat der Bundespräsident die Anbindung des sogenannten „Nationalen Ethikrates“ an den Bundeskanzler indirekt kritisiert und der Enquetekommission des Deutschen Bundestages entscheidend den Rücken gestärkt.

Er unterstützt damit die Forderungen der CDU/CSU, die demokratischen Entscheidungsprozesse ernst zu nehmen und den Deutschen Bundestag als legislatives Werkzeug der Wähler bei den aktuellen Diskussionen um Ethik in Forschung und Medizin wieder in den Mittelpunkt zu rücken.

Es wird höchste Zeit, dass dies auch von den kirchenkritischen Kreisen der SPD zur Kenntnis genommen wird. Die Argumentationskette des Bundespräsidenten und der CDU/CSU bei der Debatte um die Gentechnologie ist schlüssig und richtig. Sie weist den Bundeskanzler und seine blinde Fortschrittsgläubigkeit in die Schranken.

FAZ:

## Was Schröder bewegt

*Der Kanzler kann es nicht unwidersprochen hinnehmen, vom Bundespräsidenten öffentlich Nachhilfe in Ethik erteilt zu bekommen. Also hat Schröder seine schon bekannte Position in der Debatte über die Biopolitik wiederholt: Die Menschenwürde ist unantastbar – aber ein Regierungschef hat, von Verantwortung durchdrungen, auch noch ein paar andere Güter im Auge zu behalten, den Wohlstand seiner Wähler etwa. Schröder wollte mit der Einsetzung des Ethikrates Sensibilität für Wertefragen demonstrieren, eine frühzeitige Festlegung vermeiden und am Ende, nachdem sich seine Ministerinnen, sein Koalitionspartner und die restliche Republik an den schwierigen ethischen und juristischen Güterabwägungen abgearbeitet hätten, den Weg frei haben für eine den „Wohlstand sichernde“ Biopolitik. Der Parteifreund im höchsten Staatsamt hat dem Kanzler jedoch die Möglichkeit genommen, seine Hände in Unschuld zu waschen.*

## Im Parlament entscheiden

### Aus der „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten:

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Möglichkeiten stellen uns vor grundsätzliche Fragen: Wie gehen wir mit der Natur um? Wie gehen wir mit der Gattung Mensch um? Was bedeutet Fortschritt heute? Es geht aber auch um ganz praktische Fragen: Werden in der Forschung und in der Wissenschaft die richtigen Schwerpunkte gesetzt, oder lassen wir uns von bestimmten Moden leiten? Kümmern wir uns um die Luxusprobleme von wenigen? Vernachlässigen wir darüber Forschungsfelder, die für viele Menschen überlebenswichtig sind? Hier wirft die Wissenschaft Fragen auf, die uns alle angehen. Sie müssen in der ganzen Gesellschaft diskutiert, und sie müssen dann politisch entschieden werden – im Parlament.

Gerade die Wissenschaftler, die Forscher und die Ingenieure haben einen Anspruch auf klare Rahmenbedingungen. Wir verdanken ihnen viel von dem, was wir gewöhnlich Lebensqualität nennen. Sie arbeiten auf vielen Feldern an besseren Lebensbedin-

gungen für uns, auch da, wo es nicht um spektakuläre Durchbrüche geht.

Ganz gleich, was wir tun oder nicht tun, was wir unterlassen, wir treffen ja immer wertende Entscheidungen – gewollt oder unbeachtet, bewußt oder unbeußt. Auch wenn wir über die neuen Möglichkeiten der Lebenswissenschaften sprechen, geht es nicht in erster Linie um wissenschaftliche oder um technische Fragen. Zuerst und zuletzt geht es um Wertentscheidungen. Wir müssen wissen, welches Bild vom Menschen wir haben und wie wir leben wollen. Ethische Grundsätze zu formulieren, das heißt, sich auf Maßstäbe und auf Grenzen zu verständigen.

Schwierig ist es, Grenzen da zu setzen und zu akzeptieren, wo man sie überschreiten könnte, und sie sogar dann zu respektieren, wenn man dadurch auf bestimmte Vorteile verzichten muß. Ich glaube aber, daß wir genau das tun müssen. Ich glaube, daß es Dinge gibt, die wir um keines tatsächlichen oder vermeintlichen Vorteiles willen tun dürfen.

ERWIN MARSCHESKI:

# Ein Grundgesetz für Kinder

**Zum Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Ein Aspekt kommt bei den staatstragenden Reden und Festveranstaltungen zum Verfassungstag fast immer zu kurz: Die Notwendigkeit, unsere Kinder möglichst frühzeitig mit den Werten und Normen unseres Grundgesetzes vertraut zu machen. Damit kann man gar nicht früh genug beginnen.

Daher hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits im vergangenen Jahr ange-regt, ein „Grundgesetz für Kinder“ aufzulegen.



Mit dieser Initiative wollen wir erreichen, dass Prin-zipien wie die Achtung der Menschenwürde, die Gleich-berechtigung oder das De-mokratieprinzip in altersge-

rechter Form an die Kinder herangetragen werden.

Nur wenn unsere Kinder frühzeitig mit unserem Grundgesetz vertraut ge-macht werden, legen wir den Grundstein für den dauer-haften Fortbestand unserer Verfassungsordnung.

Wir werden uns im Zuge der Haushaltsberatungen für das kommende Jahr dafür einsetzen, dass unser Anliegen von der Bundesregie-rung auch mit ausreichend Geld unterlegt wird.

## PLEBISZITE AUF BUNDESEBENE

### Untaugliches Mittel

**Aus Anlass der Sitzung der Jungen Gruppe zum Thema Volksentscheid erklärten Ursula Heinen und Norbert Röttgen:**

In der heutigen Zeit, in der Menschen mit Problemen wie Arbeitslosigkeit, Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und Kriminalität konfrontiert sind, ist die Politik mehr denn je gefordert, Problemlösungskompetenz zu beweisen und Wege für ein stärkeres Vertrauen und eine höhere Beteiligung der Bürger an Ent-

scheidungsprozessen der Politik zu finden. Die politischen Entscheidungsprozesse müssen transparenter werden und die öffentliche Diskussion über Probleme fördern. Die Politik selbst braucht mehr Allgemeinwohl- und Sachorientierung. Die Einführung von Plebisziten auf Bundesebene würde diesen Zielen nicht nur nicht gerecht werden – sie würde diesen sogar entgegenwirken. Mit Ja-Nein-Alternativen werden Probleme nicht gelöst.

### Grundlage nahebringen

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat diese Anregung jetzt aufgegriffen und mit der Konzeption der Reihe „Demokratie für Kinder“ begonnen. Die CDU/CSU-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass mehr dafür geleistet werden muss, bereits Kindern im Grundschulalter z. B. im Sachkundeunterricht die Grundlagen unserer Verfassungsordnung nahe zu bringen.



MARIA BÖHMER:

## Für eine eigenständige Witwenrente

Anlässlich der Bundestagsdebatte zur Umsetzung des Vermittlungsergebnisses zum Altersvermögensgesetz erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich mit allem Nachdruck für mehr Gerechtigkeit bei den Witwen ein. Deswegen bringt die Union einen Antrag in den Deutschen Bundestag ein, in dem sie die Aufhebung der Anrechnung aller Einkommen auf die Witwenrente fordert.

Bleibt die im Januar von Rot-Grün im Deutschen Bundestag verabschiedete Regelung bestehen, dass zukünftig alle Einkommen – also auch Mieteinnahmen, Zinsen u.a. – auf die Witwenrente angerechnet werden, dann führt dies zu deutlichen Abstrichen bei der Witwenrente. So würde eine Mieteinnahme für eine kleine Wohnung in Höhe von 500 DM zu einer Verringerung der Witwenrente um 200 DM führen. Wer vorsorgt, ist also der Dumme. Das darf nicht sein. Deswegen die heutige Initiative der CDU/CSU.

Zugleich setzt sich die Unionsfraktion dafür ein, dass die abgeleiteten Witwenrenten in eigenständige Rentenansprüche überführt werden. Das bedeutet, dass eine Witwe ihre Witwenrente auch dann behielte, wenn sie wieder heiraten würde.

Nach zähen und harten Verhandlungen mit der Bundesregierung und den SPD-geführten Ländern konnte die Union im Rahmen der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss die gravierenden neuen Benachteiligungen für Frauen bei der Witwenrente verhindern.

■ Die Absenkung der Witwenrente von 60 % auf 55 % ab 2002 bleibt zwar bestehen. Aber bei der Staffelung der Witwenrente nach Kinderzahl werden nun für das 1. Kind zwei Entgeltpunkte statt einem gewährt und für jedes weitere Kind wie bis-

her geplant ein zusätzlicher Entgeltpunkt, so dass die Absenkung der Rente für viele Witwen mit Kindern kompensiert wird (ein Entgeltpunkt entspricht etwa DM 48). Dies gilt auch für Hinterbliebene, deren Rente aus einer Versichertenrente unterhalb der Standardrente (derzeit 2.186 DM/West bzw. 1.902 DM/Ost) berechnet wird. Bei einer Hinterbliebenenrente aus höheren Versichertenrenten wird es hingegen bei dieser Regelung mitunter erst ab zwei oder mehr Kindern zu einem Ausgleich der Minderung gegenüber dem geltenden Recht führen.

■ Das Einfrieren des Freibetrages für die Anrechnung von Einkünften auf die Witwenrente ist vom Tisch. Der Freibetrag wird nun doch wieder dynamisiert.

*Das Wirtschaftsklima ist gekippt. Die Regierung läuft Gefahr, ausgerechnet im Wahljahr in einen Abschwung zu geraten, der nicht nur von Wirtschaftsdaten, sondern mehr noch von der Stimmung der Wähler beeinflusst wird.*

Klaus-Peter Schöppner, Chef des Bielefelder Emnid-Instituts

ERWIN MARSCHEWSKI:

## Nicht einfach **hinnehmen**

**Zum abermaligen Anstieg der Kreditkartenkriminalität erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Aus der jetzt vom Innenministerium vorgelegten Polizeilichen Kriminalstatistik geht hervor, dass nach den Steigerungen der vergangenen Jahre, auch in 2000 ein abermaliges erhebliches Anwachsen dieser Straftaten zu verzeichnen ist.

### Schnelle Lösungen

Angesichts der Bedeutung der Zahlungskarten im Lastschriftverkehr sowie an Geldausgabe- und Kas senautomaten kann das nicht einfach hingenommen werden. Wenn Minister Schily darauf verweist, er werde mit der Wirtschaft „in regelmäßigen Gesprächen Gegenmaßnahmen erörtern“, dann reicht das nicht. Die schnell fortschreitende Technisierung des Zahlungsmittelverkehrs verlangt schnelle Lösungen. Denn der Dumme ist meist der Bürger.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir befürchtet, dass es zu einem Anstieg auf rund 50.000 Fälle in 2000 kommen könnte, wenn nichts geschieht. Das war leider noch untertrieben: Die neue Kriminalstatistik weist 55.747 Fälle auf.

Die CDU/CSU fordert die Wirtschaft auf, im Interesse ihrer Kunden mehr zur Verhinderung des Missbrauchs von Kreditkarten zu tun. Und das geht ohne großen Aufwand:

- Die Karten sollten so verschickt werden, dass es möglichst keine Postwegverluste gibt.
- Statt des kriminalitätsanfälligen Magnetstreifens sollten die Karten mit Chips ausgestattet sein.
- Die EC-Karte sollte mit einem Foto des Inhabers versehen sein, damit die Identität verlässlich geprüft werden kann.

Nur sofortige wirksame Präventionsmaßnahmen helfen weiter, keine langfristig angelegten Gesprächsrunden. Vor allem dürfen die Unternehmer nicht auf den Staat warten, denn die Schadensvermeidung liegt doch in ihrem eigenen Interesse.

## Übers Ohr gehauen

■ Als Schuss nach hinten wird sich nächstes Jahr herausstellen, was Rot-Grün noch im Dezember bei der Erhöhung der Entfernungspauschale als großes Steuer geschenk verkauft hat. Zur Euro-Umstellung ab 1. Januar 2002 nimmt der Finanzminister dem Steuerbürger von 10 Pfennig Erhöhung 2 Pfennige wieder weg. Gleichzeitig wird aber die Ökosteu er wie geplant um weitere 7 Pfennig steigen. **Gerda Hasselfeldt**, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU: „So werden die Pendler erneut übers Ohr gehauen.“

## Eigentumsfeindlich

■ Mit SPD-Plänen, die Erbschaftssteuer zu erhöhen, leben bei Rot-Grün alte Ideologien wieder auf: gegen Kapital und Eigentum, gegen Anreize zur Eigeninitiative, für mehr Umverteilung. Bis zum Wahltermin im nächsten Jahr soll allerdings davon nichts ruchbar werden. Gefahr droht 700.000 mittleren und kleineren Familienbetrieben, die in den nächsten Jahren zur Weitergabe an die nachfolgende Generation anstehen. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Diese Betriebe stünden vor dem Ruin, wenn

VOLKER RÜHE:

es zur Ausführung der Erbschaftssteuerpläne käme. Wir lassen die Verschleierung diesbezüglicher Absichten nicht zu. Rot-Grün muss noch vor den Wahlen Farbe bekennen.“

### Unverzeihliche Pleite

■ Wie es aussieht, macht die Bundesregierung in Brüssel nur wenig Druck, um EU-Mittel für wichtige Straßenbauprojekte in den neuen Bundesländern zu erhalten.

■ Bundesstraße B96 Anbindung der Insel Rügen ■ Bundesautobahn A 17 Dresden – Prag ■ Bundesautobahn A 72 Chemnitz – Leipzig ■ Bundesautobahn A 71 zwischen Erfurt und Sangerhausen ■ Bundesstraße B 6 im nördlichen Harzvorland: Deren Ausbau dadurch verzögern oder gar gefährden – so Dirk Fischer und die Abgeordneten **Ulrich Adam** (Mecklenburg-Vorpommern), **Wolfgang Dehnel** (Sachsen), **Manfred Heise**, **Norbert Otto** (Thüringen) und **Peter Letzgus** (Sachsen-Anhalt) – „wäre unverantwortlich und eine nicht zu verzeihende Pleite“.

### Weiterhin uneinig

■ Bei der Bahn ist alles zum Besten bestellt. So will es jedenfalls der Kanzler im Blick auf die Bundestagswahl gern haben. Und dazu

## Schröder muss **Klarheit** schaffen

**Zum Streit zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt zum Bericht des Botschafters in Washington über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten vom 29. März erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Der Streit zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt zum Botschaftsbericht über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten zeigt, wie unseriös und unprofessionell die Bundesregierung arbeitet und dabei wichtige Interessen Deutschlands verletzt.

Durch den Streit sowie das Öffentlichwerden von Details aus dem Gespräch droht das Verhältnis der

Bundesregierung zu den amerikanischen Partnern Schaden zu nehmen.



Zur Klärung des Inhalts des Gesprächs zu Libyen reichen nicht die Äußerungen des Regierungssprechers. Vielmehr muss der Bundeskanzler, der das Gespräch selbst geführt hat, den Sachverhalt klarstellen und damit das peinliche Kapitel dieser öffentlichen Auseinandersetzung schließen.

Es ist im übrigen wichtig, dass die Bundesregierung sich in den Gesprächen mit der amerikanischen Administration nicht anderslautend äußert, als sie dies in öffentlichen Verlautbarungen tut.

braucht er Bahnchef Mehdorn als wichtigsten Propagandisten. Da kann die dringend notwendige Trennung von Netz und Betrieb, die Mehdorn nicht will, ruhig noch ein bisschen warten. **Dirk Fischer**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Bundes-

verkehrsminister Bodewig deshalb weiterhin erfolglos und der Verkehrsträger Schiene ohne Stärkung durch Wettbewerb.“

### Zerstritten

■ Bezeichnend für die chaotische Bildungspolitik der Regierung Schröder ist der

Streit zwischen Wirtschaftsstaatssekretär Mosdorf (SPD) und Bundesbildungsministerin Buhlman (SPD) über die Zulassung von Filialen ausländischer Elite-Universitäten in Deutschland. **Thomas Rachel**, Obmann der CDU/CSU für Bildungs- und Forschungspolitik, würde die Belegung des Wettbewerbs am Hochschulstandort Deutschland ohne Vorbehalt begrüßen. Gleichzeitig bedauert er, dass nach Meinung Mosdorfs die politische Gestaltungskraft der Ministerin nicht ausreicht, um das bei uns vorhandene Hochschulsystem zu modernisieren: „Sie blockiert am Ende beides: Bildungspolitik in Deutschland und die Bereicherung von außen.“

### Auf richtigem Weg

■ Mit einem neuen Leistungssportkonzept will der Deutsche Behinderten-Sportverband behinderten Spitzensportlern die Chance geben, mit den Sportlerinnen und Sportlern aus anderen Ländern Schritt zu halten. Die explosionsartigen Leistungssteigerungen bei den Paralympics in Sydney machen intensivere Nachwuchsförderung, bessere Trainingsbedingungen, hauptamtliche Trainer, mehr Lehrgänge und professionellere Organi-

sationsstrukturen unumgänglich. **Klaus Riegert**, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir begrüßen diese Absicht und sehen auch unsere Meinung berücksichtigt, dass der Spitzensport behinderter Menschen auf breiter Basis gefördert werden soll und nicht etwa – wie in anderen Ländern – nur dort, wo Medaillenhoffnungen winken.“

### Ohne Perspektive

■ Für eine erfolgreiche Energiepolitik, die bis 2020 Bestand hat, müssten bereits heute die Weichen gestellt werden. Aus dem Mix von Kernenergieausstieg, Stromsteuer, Subvention für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Koppelung wird aber kein langfristig tragfähiges Konzept. Im Gegenteil: Mit sträflichen Versäumnissen gefährdet Rot-Grün die dringende Erneuerung von Kapazitäten für ca. 30.000 Megawatt-Stunden (MW/h). **Kurt-Dieter Grill**, Berichterstatter der CDU/CSU für Energiepolitik, auf der Schlusskundgebung der von Gewerkschaften und Beschäftigten der Energiebranche organisierten EnergieTour am 21. Mai: „Es muss Schluss sein mit immer neuen Subventionen zu Lasten der Verbraucher, der mittelständischen Wirtschaft und der Arbeitsplätze.“

### Mehr Tierschutz

■ Der stetige Druck der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Erfolg gehabt. Rot-Grün hat endlich eingesehen, dass eine Gesetzeslücke geschlossen werden muss, und im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft dem Unions-Antrag zugestimmt, der das Halten importierter qualgezüchteter Tiere verbietet. **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Ich fordere auch die Länder auf, diesen Schritt zu mehr Tierschutz mitzugehen.“

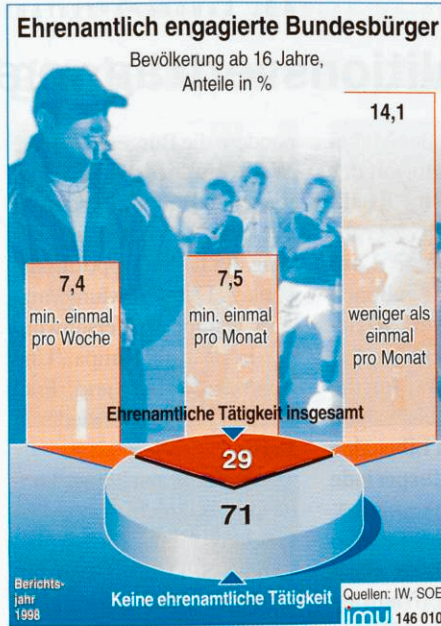
### Deutsche Welle

■ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert Erik Bettermann zu seiner Wahl zum neuen Intendanten der Deutschen Welle und wünscht ihm Glück und mehr Unterstützung durch die rot-grüne Bundesregierung, als diese für seinen Amtsvorgänger Dieter Weirich übrig hatte. Besonders wichtig: erforderliche Mitteleinsatzung für Planungssicherheit. **Norbert Lammer**, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU: Wer keinen Propagandasender will, der im wörtlichen wie im übertragenen Sinne billig zu haben wäre, muss für anspruchsvolle Ziele auch die nötigen Mittel bereit stellen.“ **UD**

**NACHLASSENDE** Auto-Nutzung ist die inzwischen spürbare Folge steigender Kraftstoffpreise. Entsprechend ist auch der Benzinabsatz im vergangenen Jahr zurückgegangen: um fast fünf Prozent, wie der Mineralölwirtschaftsverband (MWV) in Hamburg mitteilt. Weitere Konsequenzen: Rückgang der Fahrleistung pro Autofahrer und stärkere Orientierung beim Pkw-Neukauf auf Modelle mit geringem Verbrauch.

**IM ONLINE-GESCHÄFT** durchlebt der deutsche Versandbuchhandel nach neuesten Zahlen eine anhaltende Wachstumsphase: 500 Millionen Mark Umsatz im letzten Jahr. Christian Russ, Geschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Versandbuchhändler: „Ein Plus von 120 Prozent.“

**PREISENKUNGEN** zwischen 20 und 30 Prozent für die Müllentsorgung wären bei einer vollständigen Privatisierung der gesamten Abfallwirtschaft zu erwarten. Diese Rechnung hat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in Bonn aufgemacht und dabei auf ähnlich hohe Preisnachlässe bei der Telekommunikation und auf den Strommärkten verwiesen, nachdem sie in den Wettbewerbsentlassen worden sind.



*Ohne das ehrenamtliche und unentgeltliche Engagement vieler Menschen würden weite Bereiche der sozialen Fürsorge brach liegen. Die Bedeutung freiwilliger Hilfsdienste haben auch die Vereinten Nationen erkannt und 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen erklärt.*

**AUS IHRER BAHN** werden durch „Stress im Klassenzimmer“ immer mehr Lehrer geworfen. Das belegt die Studie einer Projekt-Gruppe der Universität Erlangen-Nürnberg. Von den insgesamt 7.103 Pädagogen, die von 1996 bis 1999 wegen Dienstunfähigkeit einen Antrag auf frühere Rente gestellt hatten, war jeder Zweite nach dem Attest des Arztes wegen einer psychischen oder psychosomatischen Krankheit nicht mehr in der Lage, seinen Beruf weiter auszuüben. Durchschnittsalter der Frühpensionäre: 54 Jahre.

**SCHLAGARTIG** sinken nach einer repräsentativen und anonymen Auswertung von 30.000 deutschen Lebensläufen die Gehaltsvorstellungen bei Arbeitnehmern ab 55. Jobline.de, Europas führender Personalvermittler, hat festgestellt: Vom Berufseinstieg bis zum 44. Lebensjahr steigen die Gehaltswünsche fast linear. Die Top-Verdiener finden sich bei den 40- bis 44-Jährigen mit durchschnittlich 11.130 Mark und bei den 50- bis 54-Jährigen mit 12.340 Mark. Personen, die älter als 55 Jahre sind, liegen mit ihren Gehaltsforderungen trotz beruflicher Erfahrungen bei 8.000 Mark.

# Koalitionsvertrag verabschiedet

**Mit überwältigender Mehrheit hat die CDU die mit der FDP ausgehandelte Koalitionsvereinbarung verabschiedet. Auf dem 43. Landesparteitag in Fellbach stimmten 320 der 322 Delegierten für den Vertrag. Damit ist der Weg frei für die Fortsetzung der bisherigen Koalition mit den Liberalen für die Legislaturperiode 2001 bis 2006.**

Die Delegierten feierten auf dem Parteitag vor allem noch einmal den Wahlsieg und den Spitzenkandidaten Erwin Teufel. „Die CDU ist die Partei der einfachen Leute“, analysiert Teufel das herausragende Abschneiden der CDU bei der Landtagswahlen. Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und inhaltliche Substanz hätten zum Erfolg geführt.

„Es kommt nicht auf die Gunst der Medien an, sondern auf die Gunst der Menschen“, führt der Ministerpräsident einen Seitenhieb auf die Berichterstattung der Presse im Vorfeld der Wahl aus. Er wolle die Menschen auch in der kommenden Legislaturperiode durch Arbeit überzeugen.

„Nicht die Meinungsmacher und Meinungsforscher,

sondern die Bürger haben die Wahl entschieden“, so Teufel weiter und reimt süffisant mit verschmitztem Blick in Richtung der harten Oppositionsbänke: „Die Sozi-Muntermacher-Kampa / Verschwunden ist sie in der Pampa. / Und Schröder, Vogt und Frau Gmelin / Sind alle wieder in Berlin.“

Von dort aus könne Landespolitik nicht betrieben werden, nicht einmal die Landes-SPD lasse sich auf Dauer so lenken. Und die im Wahlkampf so viel beschworene personelle Erneuerung sehe bei der SPD nun so aus: „Auf den 52-jährigen Fraktionschef Maurer folgt der 55-jährige Drexler.“

## So schafft man Vertrauen

Im Koalitionsvertrag sei das Regierungsprogramm genau umgesetzt, mit dem die CDU auch in den Wahlkampf gezogen sei: „Das ist eine Linie, so schafft man Vertrauen.“

Der Koalitionsvertrag, der nach Meinung des Tagungspräsidenten Matthias Wismann unverkennbar „die Handschrift der CDU“ trage,

sieht die generelle Einführung des achtjährigen Gymnasiums noch in der beginnenden Legislaturperiode vor sowie die Einstellung von 5.500 zusätzlichen Lehrern, die Nettoneuverschuldung bis 2006 auf Null zu senken, den Verkauf der Gasversorgung Süddeutschland als Beitrag zur Liberalisierung der europäischen Energiemärkte und vieles andere mehr.

## CDU-Handschrift

*Sieben Wochen nach der Landtagswahl. Die CDU, der stolze Gewinner – nur wenig entfernt von der absoluten Mehrheit (wo ist sie stärker als im Südwesten?) und die FDP – fast schon geschäftsmäßig wurde der Koalitionsvertrag gebilligt. Die großen Mehrheiten für die Vereinbarungen beweisen, dass CDU und FDP jenseits strittiger Punkte über einen stattlichen Vorrat an Verbindendem verfügen, auch wenn die CDU-Handschrift in dem 60-Seiten-Papier klar zu erkennen ist.*

Stuttgarter Zeitung

<http://>

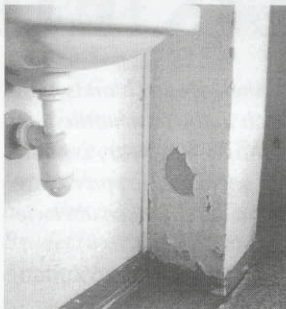
Der Koalitionsvertrag  
ist abzurufen unter  
[www.cdu.org](http://www.cdu.org)

# Probleme **gemeinsam** anpacken

Allein schon die beiden Fotos auf dieser Seite zeigen: Viele unserer Schulen befinden sich in einem bedauernswerten Zustand. Merkmale dieser Misere: Schmutz, Wasserflecken, Schimmel, Risse in den Wänden. In manchen Schulen scheint die Zeit stehn geblieben zu sein: noch in der Kaiserzeit.

Wie dramatisch die Situation wirklich ist, ist der Berliner Schüler Union (BSU) sogar erst bewusst geworden, als die erste Schulrenovierungsaktion bereits angelaufen war.

Die BSU hatte allen Ber-



## TIPPS FÜR DIE PARTEIARBEIT

liner Schulen das Angebot gemacht, bei der Instandsetzung von besonders hässlichen Klassenräumen zu helfen, und um Fotos gebeten, aus denen hervorgeht, wie unerträglich der Unterricht in den Räumen ist.

Bereits nach drei Tagen gingen die ersten fünf Bewerbungsschreiben ein, an jedem der darauf folgenden Tagen genau so viele – bis heute. Inzwischen 48, von denen wir die zehn schlimmsten renovieren wollen, wie Landesvorsitzender Daniel-Jan Girtl sagt.

Die Ärmel hochkrepeln und in die Hände spucken – mit der resoluten Geste der Handwerker geben sich die Schüler unternehmungslustig, haben sich

aber vorsichtshalber um die Zusammenarbeit mit richtigen Malereibetrieben und Elektroausstattern bemüht.

Eine Reihe von Betrieben haben schon zugesagt und versprochen, wenn's losgeht, Baumaterial mitzubringen. Daniel-Jan Girtl: „Für weitere Hilfen wären wir sehr dankbar.“

Einen Namen hat das Projekt auch. Das sich der Regierende Bürgermeister für die Sache begeistert und die Schüler Union ihn offensichtlich in die Pflicht nehmen will, soll es unter dem Motto „Diegen renoviert Eure Schulen“ laufen.

Der Startschuss für die Aktion war am 19. Mai eine Pressekonferenz, an der neben den Vertretern der Schüler Union auch der Bürgermeister und der Landeschulrat teilgenommen haben.

## Berliner Schüler Union

- Landesverband -

### Formular Renovierung

Hiermit bewerben wir uns um die Renovierung eines Klassenzimmers:

Schule: LOSCHMIDT-OBERESCHULE  
 Anschrift: LOSCHMIDTSTR. 49  
10553 Berlin  
 Bezirk: CHARLOTTENBURG  
 Fon: 030-3430-5720  
 Fax: 030-3430-5730  
 eMail: bsu@schuelerunion-berlin.de  
 Web: www.bsuelen.de/schulen/loschmidt  
 Ansprechpartner: HEIKO FOEST | FIRMENBÄNDLER  
 Baugahr: 1925 letzte Renovierung: 1980er  
 Raumgröße: Höhe 3,2 m Breite 4,8 m  
 Raumweck:  Klassenzimmer der Klasse 12 44H  
 Freiraum für den Bereich:  
 Sonstiges:

Loschmidt-Oberschule  
 Loschmidtstr. 49 | 10553  
 10553 Berlin  
 www.bsuelen.de



## EU-ERWEITERUNG

### Pioniergeist gesucht

Mit der Ost-Erweiterung der EU kommt auf die neuen Bundesländer eine Herausforderung zu, die mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen ist. Diesmal sind die Vorzeichen aber umgekehrt. In die EU wollen zehn Staaten, die noch weit von den wirtschaftlichen Standards entfernt sind, die Ostdeutschland seit dem Fall der Mauer aufgebaut hat. Befürchtungen gibt es viele. Immer noch flüchten junge Leute in die Altbundesländer, weil sie anders keine Zukunft sehen. Und jenseits der EU-Grenze warten bereits junge Leute - hoch motiviert, gut ausgebildet und mit bescheideneren Lebensansprüchen. Auch der sächsische Mittelstand hat Angst. Mancher Betrieb wird die Konkurrenz der östlichen Nachbarn nicht überleben, prophezeit der Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Doch so, wie die

Einheit Deutschlands politisch und wirtschaftlich der richtige Weg war, ist auch ein geeintes Europa richtig. Denn die Chancen überwiegen die Risiken.

Sächsische Zeitung

## ENTSCHÄDIGUNG

### Keine Kleinigkeit

Jetzt rächt sich, dass sich in der Frage der Zwangsarbeiterentschädigung in Deutschland guter Wille und Ungeduld zu einer fragwürdigen Komposition vermischen: So sehr alle Beteiligten wünschen, dass endlich die Voraussetzungen für die Auszahlung geschaffen werden, so unnötig ist doch der Druck, der in dieser Frage aufgebaut wird. Es ist verständlich, dass angesichts täglich sterbender Berechtigter Verzweiflung aufkommt. Aber sie sollte nicht dazu führen, dass man es sich nun allzu einfach macht. Es wäre geradezu fahrlässig, jetzt zu meinen, man könne kollektiv ein paar Augen zudrücken und den zweiten Teil der

mit hohem Aufwand erreichten internationalen Vereinbarung vom vergangenen Sommer einfach vergessen: Denn es geht um Geld für frühere Zwangsarbeiter und um Rechtssicherheit für die deutsche Wirtschaft. Und es sind nicht Kleinigkeiten, die da vor amerikanischen Gerichten noch anhängig sind, es sind relevante Fälle, mit milliardenschweren Folgen. Welchen Schaden einzelne fehlgeleitete Richter anrichten können, hat Shirley Kram erst jüngst wieder bewiesen.

Die Welt

## BUNDESWEHR

### Mißverhältnis

Soldaten der Bundeswehr reiben sich die Augen: Während die Regierung über Wehrumfang und finanzielle Ausstattung der Streitkräfte leichtfertig hinweggeht, werden die Zivilbeschäftigten weiterhin gehätschelt. Das zeigt sich bereits am numerischen Verhältnis von Soldaten zu zivilen Mitarbeitern: Im Zeitraum 1990 bis 1998





wurde die Bundeswehr um 32 Prozent reduziert, der Umfang des Zivilpersonals sank dagegen nur um 14 Prozent. Zwei Soldaten steht in etwa ein ziviler Mitarbeiter gegenüber. Scharping will mit seiner Bundeswehr-Reform zwar ein effizienteres Verhältnis herstellen, doch dafür zahlte er einen hohen Preis. Mit einem Streik habe die zivilen Mitarbeiter weitreichende Zusagen herausgeholt: „Sozialverträglich“ will der staatliche Arbeitgeber vorgehen und garantieren, daß die Zivilbeschäftigten in den kommenden zehn Jahren vor Kündigungen sicher sind. Wie das geschehen soll, wenn gleichzeitig gespart werden soll und die verbleibenden Mittel vor allem den Streitkräften zufließen sollen, bleibt das Geheimnis des Ministers.

Frankfurter Allgemeine

## LUFTHANSA

### Bruderzwist

Mit ihrer hohen Gehaltsforderung haben die Standesvertreter von der Verei-

nigung Cockpit nun sogar die Gewerkschaften gegen sich aufgebracht. Der Pilotenstreik der Lufthansa ist auf dem besten Weg, einen Bruderzwist im Lager der Arbeitnehmervertreter anzuzetteln. Vordergründig geht es wie üblich um die Frage, wer welches Stück vom Kuchen des Arbeitgebers bekommt. Hochqualifizierte und gut organisierte Berufsgruppen wie die Piloten haben dabei die besten Chancen. Denn sie können, wie das Beispiel Lufthansa zeigt, mit wenig Aufwand ein ganzes Unternehmen lahm legen. Hinter dem Verteilungskampf aber liegt eine für die Gewerkschaften viel größere Gefahr. Macht das Beispiel der Piloten Schule, dann wird der Tarifkonflikt der Lufthansa zu einem Sargnagel für die deutsche Tarifautonomie. Sie geht von einem Gleichgewicht der Kräfte als zwingender Voraussetzung jedes Arbeitskampfes aus. Im Falle Lufthansa ist diese Balance verloren, die Fluggesellschaft ist erpressbar geworden. Weder kann sie die Streikenden mit einer Aus-

sperrung in die Schranken weisen, noch ist es ihr möglich, ihnen zu kündigen.

Handelsblatt

## TERRORISMUS

### Gute Nachrichten

Gerade einmal zehn Jahre sind seit dem Tod Detlev Karsten Rohwedders vergangen, und doch nimmt sich diese heimtückische Mordtat bereits wie ferne Vergangenheit aus. Das Bild trägt. Auch wenn in diesen Wochen ehemalige Terroristen wie Klein oder Klump ihren Frieden mit dieser Gesellschaft gemacht haben und die Justiz mit abgewogenen Urteilen Vergangenheitsbewältigung betreibt, ist doch der RAF-Terrorismus für die Hinterbliebenen der Opfer immer noch Gegenwart. Deshalb ist die Nachricht, das BKA habe mit modernster Gentechnik endlich einen wichtigen Hinweis auf den oder die Rohwedder-Attentäter gewonnen, eine gute Nachricht.

General-Anzeiger, Bonn

## Versicherungsschutz der CDU

**Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands vom 9. bis 11. April 2000 in Essen hat Beschlüsse zur finanziellen Konsolidierung der Bundespartei gefasst.**

Um eine solide Grundlage für die langfristige Arbeit der Partei zu schaffen, waren Veränderungen in vielen Bereichen erforderlich. Davon kann auch der Bereich der Versicherungen nicht ausgenommen bleiben. Dabei gilt es neben machbaren Einsparungen auch den Versicherungsschutz weiter zu optimieren. Zukünftig muss die Schadensverhütung einen höheren Stellenwert einnehmen.

Um eine Vereinheitlichung, Kosteneinsparung und Beschleunigung der Verfahren zu erreichen, richten Sie bitte zukünftig alle versicherungsrelevanten Anfragen, Schäden oder Probleme an:

CDU Bundesgeschäftsstelle  
Hauptabteilung I  
z. H. Frau Barbara Reisch  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin  
Tel. : 030/2 20 70-210  
Fax: 030/2 20 70-219  
E-Mail: barbara.reisch@cdu.de

Die Bundesgeschäftsstelle organisiert die weiteren Schritte und Vorgehensweisen mit den jeweiligen Ansprech- und Geschäftspartnern. Jeder Beteiligte hat somit nur einen konkreten Ansprechpartner. Auf den folgenden Seiten erhalten Sie nochmals einen kurzen Überblick zu den wichtigsten Versicherungsverträgen der CDU.

### 1. Haftpflichtversicherung

Der Haftpflichtversicherung liegen die Allgemeinen Versicherungsbedingungen der Haftpflichtversicherung (AHB) sowie die speziellen Bedingungen der jeweiligen Versicherungsgesellschaft zugrunde. Die Haftpflicht, die Pflicht zum Ersatz eines anderen zugefügten Schadens, ist gesetzlich festgelegt. Diese Schadensersatzpflicht gilt in unbeschränkter Höhe.

Die Versicherungsgesellschaft verpflichtet sich gegenüber dem Versicherungsnehmer – der CDU-Bundesgeschäftsstelle –, inklusive den sich dem Rahmenvertrag angeschlossenen Landes- und Kreisverbänden (im Folgenden CDU genannt), den Schaden zu ersetzen, den die CDU auf Grund ihrer Verantwortlichkeit für einen während der Versicherungsdauer eintretendes Ereignis erleidet bzw. den die CDU einem Dritten ersetzen muss.

Die Versicherungsgesellschaft tritt für die CDU in Ersatz. Zugleich aber ist mit dem Versicherungsvertrag ein Rechtsschutz verbunden, da nach § 149 VVG die Versicherungsgesellschaft die Ansprüche Dritter prüft und gegebenenfalls diese Ansprüche gerichtlich abwehrt. Die Haftpflichtversicherung trägt die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten, die durch den Anspruch entstehen, wenn der Rechtsstreit auf Kosten des Versicherers geführt wird. Die Abwicklung des Versicherungsfalles nimmt die Versicherung vor.

Von der Leistungspflicht ist der Versicherer befreit, wenn die CDU den Versicherungsfall vorsätzlich herbeigeführt hat (§ 152 VVG). Zu den Obliegenheiten der CDU gehört es, unter anderem die Ansprüche Dritter innerhalb einer Woche dem Versicherungsunternehmen anzuzeigen (§ 153 VVG).

**Versichert sind zurzeit unter anderem:**

- die Unterhaltung von Bürobetrieben (z. B. als Eigentümer, Besitzer, Mieter oder Pächter),
- die Abhaltung von Veranstaltungen (z. B. Parteitage, Kongresse, Seminare, aber auch Straßenfeste, Kinderfeste, Tanz- und Sportveranstaltungen),
- die Durchführung von Wahlkämpfen (damit verbunden z. B. Kundgebungen, Vorhandensein oder Auf- und Abbau von Wahlplakaten).

**Ausgeschlossen sind zurzeit unter anderem:**

- Haftpflichtansprüche, die über den gesetzlichen Umfang hinaus gehen,
- Haftpflichtansprüche aus dem Gebrauch von Kraftfahrzeugen oder Anhängern,
- das Abhandenkommen oder die Beschädigung von geliehenen und gemieteten Sachen, z.B. bei Fest- oder Wahlkampfveranstaltungen, die Einrichtung oder Technik

**Die Höhe der Deckungssummen betragen zurzeit:**

- DM 2.000.000,00 (Euro 1.022.583,76) pauschal für Personen und Sachschäden
- DM 100.000,00 (Euro 51.129,19) für Vermögensschäden
- DM 50.000,00 (Euro 25.564,59) für sonstige Bearbeitungsschäden (Pauschaldeckung)
- DM 50.000,00 (Euro 25.564,59) für Schlüsselschäden.

Der Versicherungsschutz wird von der CDU-Bundesgeschäftsstelle entsprechend den Erfordernissen und den Gegebenheiten angepasst. Aus diesem Grunde können sich zwischenzeitliche oder kurzfristige Veränderungen ergeben.

---

■

## 2. Unfallversicherung

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat eine Gruppenunfallversicherung abgeschlossen. Diesem Rahmenvertrag haben sich die meisten Landes- und Kreisverbände abgeschlossen.

**Die Versicherungsgesellschaft gewährt**

- den Mitgliedern,
- den Mitgliedern der Vereinigungen, die im Statut aufgeführt sind
- und den ehrenamtlich tätigen Helfern

Versicherungsschutz entsprechend dem jeweiligen Deckungskonzept.

**Es gelten zurzeit folgende Versicherungssummen:**

- DM 30.000,00 (Euro 15.338,76) für den Todesfall

- DM 60.000,00 (Euro 30.677,51) für den Invaliditätsfall (bei 100% Invalidität, Versicherung ohne Progression)

Durch unsere Unfallversicherung sind Unfälle versichert, die

- den Tatbestand „Unfall“ erfüllen und
- zu einer bleibenden Körperschädigung geführt haben.

Zweck der Unfallversicherung ist es, die wirtschaftlichen Folgen eines Unfalles, den eine versicherte Person erleidet, abzufangen. Die Leistungen der Unfallversicherung sollen insbesondere dazu dienen, die Verunfallten wieder herzustellen und/oder Einkommensverluste und Einbußen an Lebensqualität auszugleichen.

### 3. Unfallschutz bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft für ehrenamtlich tätige Helfer der CDU

Für ehrenamtlich tätige Helfer der CDU (Parteimitglieder sowie nicht der Partei angehörige Personen) besteht Unfallversicherungsschutz bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Für Parteimitglieder der CDU besteht der Unfallversicherungsschutz bei der ehrenamtlichen Tätigkeit lediglich dann, wenn sie sich nicht nur als bloßer Ausfluss der Mitgliedschaft darstellt und daher von dem jeweiligen Mitglied im Rahmen allgemeiner Übung erwartet werden kann. Für den Unfallversicherungsschutz ist es erforderlich, dass die Helfer wie Arbeitnehmer tätig werden. Das heißt, es muss sich um Arbeiten han-

deln, die, würden sie nicht von ehrenamtlich (unentgeltlich) tätigen Helfern erledigt, bezahlten Kräften übertragen werden könnten. Die Tätigkeit muss also dem allgemeinen Arbeitsmarkt zugänglich sein. Hierunter können z. B. fallen:

- Verteiler von Handzetteln und sonstigem Werbematerial auf Straßen, Plätzen usw.,
- Plakatklebekolonnen sowie Personen, die Plakatständer usw. aufstellen, überwachen, renovieren und wieder abbauen,
- Personen, die Schreib-, Kuvertierungs-, Versand- und sonstige Büroarbeit leisten,
- Ordner bei Wahlveranstaltungen
- Personen, die Botengänge, Meldedienste und Beobachtungsfahrten übernehmen.

Nicht versichert ist bei der Berufsgenossenschaft jedoch beispielsweise die Teilnahme an Vorstandssitzungen und Parteitagungen oder an Kundgebungen und Versammlungen. Auch Redner bei Parteiveranstaltungen fallen nicht unter den Schutz, der ehrenamtlich tätigen Helfern von der Berufsgenossenschaft gewährt wird. Die Kreisverbände sowie die Landes- und Bezirksverbände der Partei und ihrer Vereinigungen melden alle Unfälle, die ehrenamtliche Helfer bei ihrer Tätigkeit erlitten haben bei der CDU Bundesgeschäftsstelle.

### 4. Ansprechpartner

CDU Bundesgeschäftsstelle  
 Hauptabteilung I  
 z. H. Frau Barbara Reisch  
 Klingelhöferstr. 8  
 10785 Berlin  
 Tel. : 030/2 20 70-210  
 Fax: 030/2 20 70-219  
 E-Mail: barbara.reisch@cdu.de

DAS MAGAZIN FÜR JUNGGEBLIEBENE

# souverän



## Souverän – das neue Magazin der Senioren Union

■ Für alle Mitglieder Senioren Union und alle CDU-Mandatsträger ■ Zielaufgabe 100.000 Stück ■ erscheint 4-mal im Jahr ■ ersetzt das bisherige Heft der Senioren Union „Mach mit“ ■ Herstellung und gemeinsame Redaktion mit dem Weiss-Verlag, Monschau.

**Souverän** setzt sich aus zwei Teilen zusammen:

- **Politik:** informiert über die politische Arbeit der Senioren Union; politisches Forum von und für Senioren
- **Lebensart:** Berichte und Reportagen zu Kultur, Bildung, Freizeit und allgemeinen Lebensart-Themen mit speziellem Bezug zu Senioren.

Abonnement ist möglich. Bitte an den Weiss-Verlag, Stichwort „Souverän“, Industriestr. 7, Postfach 30, 52153 Monschau schreiben. Preis: □ 2,50 je Ausgabe



**„Projekt 21 – Lust auf Familie“**

**Beschluss des kleinen Parteitag  
der CDU in Berlin**

Bestell-Nr. 5645

Preis: 40,00 DM (20,45 EURO)

je Verpackungseinheit (50 Expl.)



**Leporello Frauen-Union**

**„Komm mit: Politik braucht Frauen!“**

Bestell-Nr. 2612

Preis: 23,50 DM (12,02 EURO)

je Verpackungseinheit (100 Expl.)



**Leporello Frauen-Union**

**„Besser leben in einer europaweiten  
Informationsgesellschaft“**

Bestell-Nr. 2705

Preis: 28,00 DM (14,32 EURO)

je Verpackungseinheit (50 Expl.)

Der Druckfehler-Teufel hat sich leider bei der letzten Ausgabe des UID 15/2001 eingeschlichen. Bei dem Bestellschein auf Seite 22 ist versehentlich die alte Anschrift der CDU- Bundesgeschäftsstelle abgedruckt worden.

**Die richtige Adresse lautet:**  
CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Abteilung  
Öffentlichkeitsarbeit  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin  
Fax 030/22070-389



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



**Sie SOLL KRÄFTIG WACHSEN KÖNNEN.  
UNSERE WIRTSCHAFT AUCH.**



**CDU**

## Faltkarte „Wirtschaftswachstum – 10 Punkte für den Aufschwung

Bestell-Nr. 2739

100 Expl. 14,00 DM

(7,16 EURO)

**Unter Rot-Grün ist der Aufschwung erlaubt. Wir wollen, dass die Wirtschaft wieder kräftig wächst, damit jeder seine Chance bekommt. Unsere 10 Punkte für den Aufschwung:**

- 1. Steuern senken.** Schnellere Entlastung von Bürgern und Unternehmen durch Vorziehen der Steuerreformschritte 2003 und 2005, Abschaffung der Ökosteuer.
- 2. Mittelstand entlasten.** Steuern runter auch für die kleinen und mittleren Betriebe. Abbau neuer Belastungen wie etwa bei den Abschreibungen.
- 3. Beschäftigung fördern.** Wer arbeitet, soll mehr haben als der, der nicht arbeitet. Zulagen für niedrige Einkommen und Sanktionen bei Ablehnung zumutbarer Arbeit.
- 4. Arbeitsmärkte öffnen.** Schluss machen mit der Regelungsweit (630-DM-Gesetz, Scheinselbstständigkeitsgesetz), die uns so viele Arbeitsplätze kostet.
- 5. Soziale Partnerschaft zukunftsfähig machen.** Mehr Vertrauen in betriebliche Zusammenarbeit, kein bürokratisches Betriebsverfassungsgesetz, das nur Funktionäre stärkt.

- 6. In den Osten investieren.** Mit einem Sofortprogramm Ost-Infrastruktur und Technologiebereich verbessern, um Abwanderung und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.
- 7. Familien stärken.** Schrittweiser Aufbau eines Familiengeldes von 1.200/600/300 DM je nach Alter pro Kind und Monat. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 8. Bildung ausbauen.** Bedarfsgerecht Ganztagschulen anbieten, nur 12 Jahre bis zum Abitur, mehr Meister-BaifG, kürzere und internationale Studiengänge.
- 9. Forschung intensivieren.** Spitzentechnologie (Transrapid, Biotechnik) in Deutschland langfristig vorantreiben. Wirtschaft und Hochschulen besser vernetzen.
- 10. Renten sichern.** Generationengerechtigkeit durch Anpassung an die Bevölkerungsentwicklung, Abschaffung der Benachteiligung von Frauen. Anerkennung von Wohnleistungsleistungen.

**BESTELL-  
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum  
Postfach 1465  
59306 Ennigerloh  
Telefax 02524/911310  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen